

From: "Corinna Fischer" <corinna.fischer@jpbberlin.de>
Subject: [Bund-ak-iu] Vorstellungen der CDU zum Klimaschutz
Date: 13. Juli 2005 11:36:53 MESZ
To: bund-ak-iu@listserv.bund.net

Neues vom agilen Prof. Wicke... (2. Artikel). Bin mir nicht sicher, was davon zu halten ist. Vielleicht sollten wir uns positionieren...?

Und (erster Artikel) eine interessante, ernüchternde Bilanz von Rot-Grün.

powernews.org

Aktuelle Meldungen vom 12.07.2005 the european energy news provider

POLITIK: Fett zugelegt

Trotz vieler ambitionierter Ankündigungen sind die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland unter der rot-grünen Regierung angestiegen. Strukturkonservatismus sei der Grund, meint Bundesumweltminister Jürgen Trittin.

An einem der Sommerabende Mitte Juli in Berlin hat Jürgen Trittin einige Journalisten eingeladen, um ihnen das Nationale Klimaschutzprogramm der Bundesrepublik nahe zu bringen. Der Bundesumweltminister, der einen hellen Sommeranzug und entspannte Gesichtszüge trägt, versucht zu erklären, dass Deutschland auf dem richtigen Weg sei, die international zugesagte Reduzierung der Treibhausgase um 21 % bis 2008/2012 auf der Basis der Emissionen von 1990 zu erreichen.

Ein Blick in das Papier verrät allerdings, dass die Bundesrepublik unter der rot-grünen Regentschaft keinen Schritt weiter gegangen ist auf ihrem Klimaschutzweg. Im Gegenteil. Im Jahr 1999, dem ersten vollständigen Regierungsjahr von Bundeskanzler Gerhard Schröder, emittierten die Deutschen insgesamt 857,4 Mio. t CO₂. Knapp 352 t davon gingen auf das Konto der Energiewirtschaft. In den Folgejahren stiegen die Emissionen wieder deutlich an, 2001 ermittelte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) einen Spitzenwert von 873,8 Mio. t CO₂, im Jahr 2003 lagen die Emissionen mit 865,3 Mio. t CO₂ immerhin noch deutlich über dem Ausgangswert von 1999.

Dazu beigetragen hat vor allem die Energiewirtschaft, deren Emissionen jedes Jahr kletterten und 2003 um 34 Mio. t CO₂ höher lagen als 1999. Grund für den Anstieg waren die Inbetriebnahme neuer Braunkohle- und Gaskraftwerke sowie Umbuchungen von Industriekraftwerken in die Energieerzeugung, sagte Trittin. Dass der Anstieg insgesamt abgebremst werden konnte, dafür sorgten der Verkehr (-15 Mio. t/a CO₂), die Industrie (-11 Mio. t/a CO₂) sowie Gewerbebetriebe (-2 Mio. t/a CO₂). Laut der im Klimaschutzprogramm vom Juni 2005 veröffentlichten Zahlen hat Deutschland seine Klimagasemissionen bis zum Jahr 2003 um 18,5 % reduziert. Für 2004 prognostizierte der Minister allerdings einen weiteren leichten Anstieg der Emissionen, entsprechende Zahlen sind im Klimaschutzprogramm nicht enthalten.

Schließlich sprach der Umweltminister Klartext. Die ambitionierten Klimaschutzziele könne Deutschland nur erreichen, wenn künftig alle Sektoren dazu beitragen, sagte Trittin. Zunächst müssten Energiewirtschaft und Industrie ihre im Rahmen des europäischen Emissionshandels festgelegten Emissionsminderungsbeiträge erfüllen. Der Verkehr werde seine Minderungsziele (-15 bis 20 Mio. t/a CO₂ bis 2008/12) nur mit der Weiterentwicklung verbrauchsarmer Motoren, innovativer Antriebstechnologien sowie alternativer Treibstoffe erreichen. Trittin zufolge muss außerdem die Transportintensität verringert, die Energieeffizienz gesteigert und die Verknüpfung einzelner Verkehrsträger optimiert werden. "Erhebliche Minderungspotenziale" identifizierte Trittin im Bereich der privaten Haushalte, vor allem durch den Einsatz energieeffizienter

Haushaltsgeräte und durch bessere Wärmedämmung. Laut Klimaschutzprogramm sollen private Haushalte im Jahresmittel 2008/12 zwischen 18 und 20 Mio. t CO₂ weniger emittieren als im Jahr 2000.

Trittin plädierte für einen weiteren zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Bei einem Anteil von 20 % an der heimischen Bruttostromerzeugung könnten rund 200 Mio. t CO₂ eingespart werden. Im Jahr 2004 lag ihr Anteil bei 9,3 %. Einer Studie der TU München zufolge liegen zwar die CO₂-Vermeidungskosten bei erneuerbaren Energien überwiegend höher als bei fossilen Energieträgern, Wasser- und Windenergie erweisen sich allerdings bereits bedingt konkurrenzfähig: Die Vermeidung einer Tonne CO₂ kostet bei Erdgas 4 Euro, bei Wasser 22 Euro, bei Steinkohle 56 Euro, bei Wind 70 Euro, bei Braunkohle 75 Euro und bei Photovoltaik 1 944 Euro. Die CO₂-Vermeidungskosten für Offshore-Windparks werden laut Netzstudie der Deutschen Energieagentur - je nach Szenario - im Jahr 2007 zwischen 95 und 168 Euro/t liegen und bis 2015 auf 41 bis 77 Euro/t CO₂ sinken. Eine tragende Rolle auf dem Energiemarkt, sagte Trittin, könnten die erneuerbaren Energien nur dann erreichen, wenn sie mittel- und langfristig ohne finanzielle Förderung auskommen werden.

Nach etwas mehr als einer Stunde verabschiedete sich der Minister. Nicht, ohne noch auf das eigentliche Hauptproblem - nicht nur der mangelhaften Klimagasreduktionen, sondern der rot-grünen Regierung insgesamt - hinzuweisen: Strukturkonservatismus. "Bei der Modernisierung der Gesellschaft, also auch der Energiewirtschaft, waren wir immer zu langsam. Und wir Grünen mussten uns meistens gegen die Sozialdemokraten durchsetzen."

POLITIK: Union-Vordenker plädiert für CO₂-Kopfpauschale

Ein von Professor Lutz Wicke entwickeltes globales Zertifikatehandelssystem soll nationale Kioto-Verpflichtungen ersetzen.

"Wir forcieren die Anstrengungen zum nationalen und globalen Klimaschutz. Wir wollen die Klimaschutzvereinbarungen zu einer Kioto-Plus-Initiative weiter entwickeln, in der auch die weltgrößten CO₂-Produzenten sowie die Schwellen- und Entwicklungsländer eingebunden sind. Mit der Gründung einer Klimaschutz-Allianz Deutschland wollen wir einen generationenübergreifenden Klimaschutz sichern", heißt es im Wahlprogramm der CDU/CSU. Urheber dieser Zeilen ist Lutz Wicke, Professor an der Technischen Universität Berlin, genauer am Institut für UmweltManagement (IfUM) der Europäischen Wirtschaftshochschule ESCP-EAP. Wicke ist CDU-Mitglied. Der agile Wissenschaftler und Theodor-Heuss-Preisträger wird in Berlin im Falle eines Regierungswechsels als einer der aussichtsreichen Bewerber für den Posten des Bundesumweltministers gehandelt.

Vom Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" als "schwarzer Grüner" titulierte, hält Wicke das Scheitern des Kioto-Protokolls für zwangsläufig. "Es gibt keine wirklichen Vorreiter beim Klimaschutz", sagte Wicke im Gespräch mit E&M. Weder die OECD-Staaten noch die Europäische Union wollten tatsächlich vorangehen. Trotz der Vereinbarungen von Kioto würden die Emissionen weltweit steigen. Die Internationale Energieagentur (IEA) prognostiziert in ihrem Referenzszenario im World Energy Outlook bis 2010 einen Zuwachs an CO₂-Emissionen in den OECD-Staaten um 25,3 % (statt Verpflichtung -5, %), in der EU um 9,1 % (statt - 8 %) sowie weltweit um 38,9 % (jeweils Basis 1990).

Trotz der verfehlten Verpflichtungen sei das Kioto-Protokoll per se ein äußerst wichtiger Erfolg: "Auf diesem bestehenden Abkommen muss das weitere Vorgehen im Klimaschutz aufgebaut werden", argumentiert Wicke, der auch schon einen Plan für die Zukunft parat hat. Kioto-Plus heisst die Idee. Dahinter versteckt sich laut Wicke ein "marktwirtschaftliches, weltweit wirksames Anreizsystem zur Klimagasminderung, mit dem die EU ihre

Ziele gerade noch erreichen kann, das die Entwicklungsländer einbezieht und zugleich kein Industrie- und Schwellenland wirtschaftlich überfordert". Die Forderung nach einem solchen Kioto-Plus-System sei inzwischen offizielle Position der Union.

"Unsere ehrgeizigen Ziele können wir nur mit einem globalen Cap-and-Trade-System erfüllen", sagt Wicke. Das globale Klimazertifikatssystem müsse aus der strukturellen Weiterentwicklung des Emissionshandels entstehen und möglichst bis 2012 installiert werden. Obwohl Wicke nach eigenen Worten nicht davon überzeugt ist, dass die USA – bisher erbitterter Gegner jeglicher Begrenzung von Emissionsmengen – einem Cap überhaupt zustimmen werden, schlägt er 30 Mrd. t CO₂ als weltweites jährliches Treibhausgas-Cap vor. Diese Menge entspreche den geschätzten Emissionen des Jahres 2015, so dass am Anfang des Handels weltweit keine Knappheit entstehe. Die jährlich zulässigen CO₂-Emissionen sollen in Klimazertifikate, so genannte CC, aufgespalten und proportional zur Bevölkerung eines jeden Landes verteilt werden. Entsprechend der Bevölkerungszahlen des Jahres 2000 dürfte damit jeder Mensch 4,9 t CO₂ jährlich emittieren. Zugeteilt würden die Rechte durch eine World Climate Certificate Bank, (WCCB).

"Die Entwicklungsländer könnten bei einer solchen Verteilung ihre Überschussmengen verkaufen, während die Industrieländer Zertifikate kaufen müssten, um so weiter wirtschaften zu können wie bisher", sagt Wicke. Dadurch würden hohe Anreize zu effizientem Wirtschaften gesetzt. Allerdings würde dieses "Lehrbuch-Cap-and-Trade" zu riesigen Milliarden-Transfers von Industrie- zu Entwicklungsländern und damit zu unannehmbaren weltwirtschaftlichen Verwerfungen führen, sagt Wicke, der deshalb ökonomische Korrekturen und eine Zweiteilung des Marktes vorschlägt. Danach würden die Entwicklungsländer auf dem Transfermarkt zwischen den Staaten über die WCCB die Zertifikate, die ihre eigene Wirtschaft nicht benötigt, für einen Fixpreis von 2 US-\$ an die nationalen Klimaschutzbanken NCCB der Industriestaaten verkaufen. Diese würden wiederum Lieferanten von fossilen Brenn- und Rohstoffen aus der Menge kostenloser nationaler sowie überschüssiger Zertifikate aus den Entwicklungsländern preisgünstig mit 2 US-\$ pro CC entsprechend dem Vorjahresbedarf zwecks kostengünstiger Grundausstattung versorgen. Für die Überwälzung dieses Transferpreises hat Wicke "eine sicher tragbare Erhöhung etwa des Benzin- oder Dieselpreises um rund einen halben US-Dollar oder 50 Euro Cent ö errechnet. Auf dem freien Weltmarkt für CC müssten Lieferanten fossiler Brenn- und Rohstoffe zusätzliche Zertifikate erwerben, wenn sie mehr verkaufen wollten, als sie durch ihre preiswerte Grundausstattung abdecken könnten.

Da die Entwicklungsländer angesichts ihrer weit unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen nicht an einer klimafreundlichen Entwicklung gehindert werden dürften, würden die preisgünstig verteilbaren Transferzertifikate mit der Zeit knapper. Durch Angebot und Nachfrage entstehe ein Marktpreis. Um unkontrolliert steigende Preise zu verhindern, könnte die WCCB Zertifikate ab 30 US-\$/CC auf dem freien Markt verkaufen. "Das System sieht gegen die Überforderung der Wirtschaft und der Verbraucher eine Preisobergrenze am Markt vor", so der Professor. Die Preisobergrenze und der Transferpreis müssten in Schritten von zehn Jahren erhöht werden, um die Anreize zu klimafreundlichem Verhalten weltweit stetig zu erhöhen.

Das GCCS werde den Entwicklungsländer zudem vorschreiben, das Geld aus dem Verkauf ihrer Überschusszertifikate nur zur Finanzierung von Maßnahmen zur klimafreundlichen, nachhaltigen Entwicklung und zur Eliminierung der Armut gemäß einem national entwickelten, supranational gebilligten Sustainable Development and Elimination of Poverty-Plans (SDEP) zu verwenden. Für einen sachgerechten Vollzug des globalen Klimazertifikate-Systems GCCS würden laut Wicke die effiziente Überwachung der an fossilen Brenn- und Rohstoffen verkauften Mengen sowie der SDEP-Maßnahmen sorgen. Das Umweltbundesamt (UBA) in Dessau habe für die Mengenerfassung bereits das "vereinfachte IPCC-Referenzverfahren" entwickelt.

Sollte im Herbst eine unionsgeführte Bundesregierung das Sagen übernehmen, plädiert Wicke für eine Klimadoppelstrategie. "Wir müssen weiter eine

Vorreiterrolle spielen und gleichzeitig das globale Zertifikatehandelssystem durchsetzen." Nur durch eine strukturelle Reform des Kioto-Prozesses könnten "die nicht mehr verhinderbaren gefährlichen Klimastörungen" wenigstens abgemildert werden. Das globale Zertifikatehandelssystem könne dazu einen Beitrag leisten, sagt Wicke gegenüber E&M.

Wicke hatte bereits dafür gesorgt, dass ins erste Regierungsprogramm der von Helmut Kohl geführten schwarz-gelben Koalition die Einführung flexibler Marktmechanismen zum Umweltschutz aufgenommen wurde. Der Ankündigung folgten allerdings keinerlei Taten. Es ist also abzuwarten, ob diesmal Wickes Ideen mehr Erfolg vergönnt sein wird.

Corinna Fischer
Liebigstr. 25
10247 Berlin

030 / 420 29 519
corinna.fischer@jpbberlin.de
